

Herrn Bürgermeister
Christoph Tesche

im Hause

ce/be/di

07.02.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tesche,

namens der SPD-Fraktion bitten wir Sie, den nachfolgenden Antrag mit in die Tagesordnung der Ratssitzung am 21.02.2022 aufnehmen zu lassen.

Antrag

Der Rat beauftragt die Verwaltung einen Sachstandsbericht über die Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich der Wohnungsaufsicht vorzulegen, der dem Ausschuss für Stadtentwicklung und dem Ausschuss für Demografie und soziale Gerechtigkeit zur Beratung vorgelegt wird. Insbesondere soll der Bericht auf die folgenden Aspekte eingehen:

1. Wie oft hat die Stadt Recklinghausen in den Jahren 2019 und 2020 Anordnungen nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz (WAG NRW) und ab 1. Juli 2021 Anordnungen nach dem Wohnraumstärkungsgesetz (WohnStG) erlassen?
2. Welche Ursachen lagen vor, die ein Einschreiten der Wohnungsaufsicht erforderlich machten (z.B. Gesundheitsgefahren, fehlende Mindeststandards, Überbelegung von Wohnraum, etc.)?
3. Wurden Verstöße gegen das Gesetz von der Stadt Recklinghausen mit Bußgeldern geahndet? Falls ja, in welcher Höhe wurden in den o.g. Jahren Bußgelder erlassen? Erfolgte eine Zahlung durch die Bußgeldpflichtigen?
4. Wie erfolgt die Zusammenarbeit der Mitarbeiter*innen im Sachgebiet „Wohnungsaufsicht“ mit anderen Fachbereichen der Verwaltung?
5. Wie viele MitarbeiterInnen (Stellen) sind für die Umsetzung / Anwendung des Wohnraumstärkungsgesetz zuständig und wie ist deren organisatorische Zuordnung?

Begründung:

Für das zum 1. Juli 2021 in Kraft getretene Wohnraumstärkungsgesetz hat die Landesregierung noch keinen Leitfaden entwickelt und veröffentlicht, der als Arbeitshilfe für die

Kommunen wichtige Erläuterungen zu den Vorschriften und Verfahren des Gesetzes sowie Musterbescheide zu den Fallgestaltungen umfassen soll. Für die Wohnungsaufsicht ist es daher problematisch, den Erhalt von Wohnraum und den Schutz von Bewohnerinnen und Bewohner wirksam durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie wirksam die Wohnungsaufsicht in Recklinghausen handeln kann, um Mieterinnen und Mieter zu schützen, Wohnraum zu erhalten und drohender Verwahrlosung entgegenzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Cerny
Fraktionsvorsitzender



Andreas Becker MdL
Ratsmitglied